

April 2021

Länderbericht

Auslandsbüro Albanien

Albanien hat gewählt

Am 25. April hat Albanien sein kommendes Parlament gewählt. Premierminister Edi Rama wurde im Amt bestätigt. Die Demokratische Partei unter Lulzim Basha kehrt zurück ins Parlament und gewinnt Sitze hinzu. Großer Verlierer ist die Sozialistische Bewegung für Integration.

Dr. Tobias Rüttershoff

Knapp 3,6 Millionen Albanerinnen und Albaner waren am vergangenen Sonntag aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Dabei wurde Premierminister *Edi Rama* zum zweiten Mal im Amt bestätigt. Herausforderer *Lulzim Basha* gelang es nicht, *Ramas* dritte Amtszeit zu verhindern. Allerdings kehrt seine Demokratische Partei nach einem zweijährigen Boykott zurück ins Parlament und kann dabei das beste Ergebnis seit 2009 erreichen. Herbe Verluste musste hingegen die Sozialistische Bewegung für Integration mit *Monika Kryemadhi* hinnehmen. Während der Wahltag an sich ruhig verlief, erlebte das Land eine teils gewaltvolle Schlussphase des Wahlkampfs. Zudem gab es bereits während der Auszählung erste Vorwürfe der Wahlfälschung.

Die Ergebnisse der Wahl im Überblick

Bei der Parlamentswahl 2021 wurden wie bisher 140 Abgeordnete über ein regionales Listenwahlsystem für eine Amtszeit von vier Jahren gewählt. Die Wahl fand statt in 12 Wahlkreisen, die den verschiedenen Verwaltungsregionen Albaniens (Qarks) entsprachen. Die Anzahl der Sitze hing dabei von der Bevölkerungsgröße des jeweiligen Qarks ab. Zur Wahl zugelassen waren 10 Parteien, 2 Mehrparteienlisten und 5 unabhängige Kandidaten. Insgesamt kandidierten 1841 Personen, davon 732 Frauen.

Laut dem vorläufigen amtlichen Endergebnis der Zentralen Wahlkommission (ZWK)¹, waren 3.588.869 Albanerinnen und Albaner wahlberechtigt. Davon nahmen 1.662.253 Personen an der Wahl teil, was einer Wahlbeteiligung von 46,32% entspricht.² Die Sozialistische Partei (SP) erhielt dabei 768.250 Stimmen (48,68%), die Demokratische Partei-Allianz für den Wandel (DP-AW) 622.267 Stimmen (39,43%), die Sozialistische Bewegung für Integration (LSI) 107.533 Stimmen (6,81%) und die Sozialdemokratische Partei (PSD) 35.476

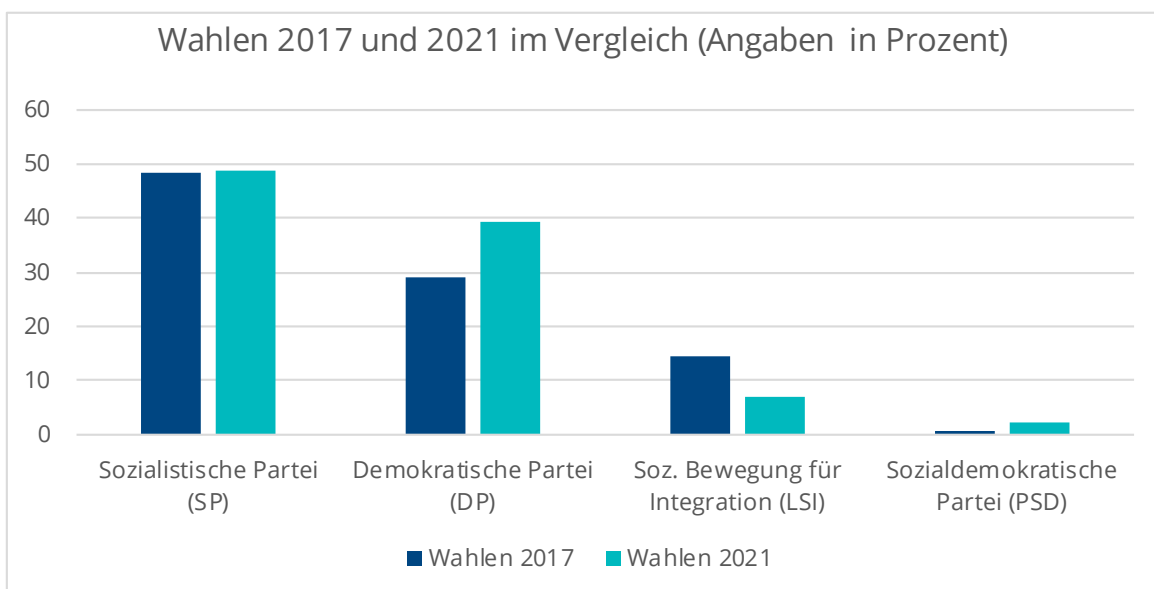
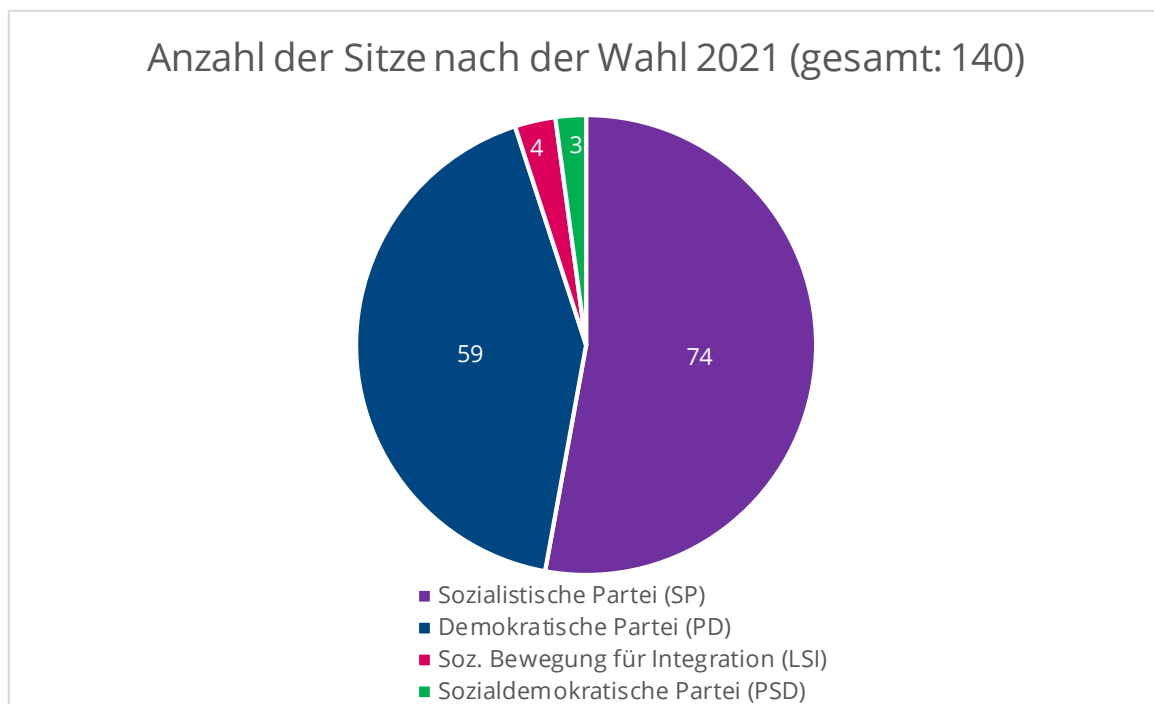
Stimmen (2,25%). Diese Parteien ziehen in das neue Parlament ein. Alle anderen Parteien und auch die Einzelkandidaten schafften es nicht über die 1%-Hürde. Bemerkenswert ist die hohe Anzahl von 83.028 ungültigen Stimmen. Dies sind 5% der insgesamt abgegebenen Stimmen und liegt somit deutlich über der Anzahl bei der vergangenen Wahl (2%). Von vielen Beobachtern wird dafür vor allem der neue Wahlzettel verantwortlich gemacht, bei dem nicht die Namen der Kandidaten für die Vorzugsstimmen angegeben waren, sondern lediglich Nummern. Dies könnte viele Wählerinnen und Wähler verwirrt haben.

Aufgrund der Stimmenverteilung erhält die SP 74 Mandate, die DP 59 Mandate, die LSI 4 Mandate und die PSD 3 Mandate. Zudem hat bereits die PSD angekündigt, mit der SP stimmen zu wollen, so dass diese über eine komfortable Mehrheit im neuen Parlament verfügt (Absolute Mehrheit ab 71 Sitze).

Der Vergleich zu den letzten Wahlen 2017 zeigt, dass die SP sowohl ihre Stimmenanteile als auch die Anzahl ihrer Mandate halten konnte. Die DP, welche im Februar 2019 ihre Mandate im alten

Parlament nach dem Bekanntwerden eines Skandalen um Stimmenkauf durch die SP zurückgegeben hatte, konnte jedoch zulegen. 2017 hatte man nur 29,1% der Stimmen und 43 Mandate geholt.³ Das aktuelle Ergebnis bedeutet daher einen Zuwachs von 10,2 Prozentpunkte bzw. 16

Mandaten. Der große Verlierer dieser Wahl ist zweifelsohne die LSI. Sie hatte bei der letzten Wahl noch 14,4% und 19 Sitze erreicht. Hier gab es also einen Verlust von 7,56 Prozentpunkte bzw. 15 Mandaten. Die PSD steigerte ihren Stimmenanteil von 0,7% auf 2,24% bzw. von 1 auf 3 Mandate.



Wirtschaft, Infrastruktur und die Impfkampagne als Themen des Wahlkampfes

Unter dem Slogan „Albanien gewinnt“ (Shqipëria fiton), präsentierte sich *Lulzim Basha* als ein Spitzenkandidat, welcher als bürgernaher Anführer für die Menschen arbeitet. Ein vorbildlicher Familienmensch und pro-europäisch. Dabei verwendete er häufig das Wort "normal" in der politischen Kommunikation sowie das Wort "Engagement". Dazu kamen auch Fotos in sozialen Netzwerken, die den Familien- und Modellbürger zeigen.

Was den politischen Gegner betraf, bezeichnete *Basha* PM *Rama* als jemanden, der sein Wort nicht halte, für sich und die Oligarchen arbeite, und warf ihm Arroganz und Mobbing vor. Er stellte ihn als einen Mann dar, der keine Versprechen gehalten habe und das was er nicht in zwei Mandaten getan habe, auch in einem dritten Mandat nicht tun werde.

Der Fokus der Oppositionsstrategie lag auf der Abwahl der SP und von *Rama*, die sie als das größte Übel in Albanien darstellten. Inhaltlich setzte die Agenda der DP für die Wahlen vor allem auf die Themen Wirtschaft, Bildung, europäische Integration und Kampf gegen Korruption. Man setzte auf die Unterstützung der Mittelschicht als wichtigster sozialer Entwicklungsmotor sowie auf die albanische Jugend, damit das Phänomen der massiven Auswanderung gestoppt werden kann. Dafür versprach die DP z.B. durch niedrigere Steuern für kleine Unternehmen sowie ausländische Direktinvestitionen ein günstigeres Geschäftsklima zu schaffen. Sie schlugen zudem eine „Flat Tax“ von 9% auf das persönliche Einkommen sowie für alle albanischen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 10.000 Euro vor.

Das Motto des Wahlkampfes der Sozialisten war „Albanien – unsere Zukunft“ (Shqipëria e ardhmja jonë). *Rama* versuchte, ein Bild von sich zu zeichnen als jemand, der in schwierigen Tagen Großes erreicht. Der Wahlkampf war insgesamt sehr stark auf seine Person zugeschnitten. Er betonte seine Rolle als „Macher“, indem er

möglichst viele Bilder des Wiederaufbaus (nach dem Erdbeben vom November 2019) und der Impfkampagne gegen Covid-19 in der Wahlkampagne und den Sozialen Medien zeigte. Zudem versprach auch den Fortschritt einiger großer Infrastrukturprojekte, wie Häfen (in Durrës bzw. Porto Romano), Flughäfen (Kukës und Vlora) und Straßen. *Ramas* Argument war, dass viele der bereits laufenden Arbeiten an diesen Projekten wegen der zwei Naturkatastrophen (Erdbeben und Corona-Pandemie) nicht vollendet wurden und daher brauche er die dritte Amtszeit, um sie zu beenden. Darüber hinaus setzten die Sozialisten aber, im Gegensatz zur DP, keine starken programmatischen Aspekte.

Auch bei den Sozialisten war „negative campaigning“ Teil des Wahlkampfes. *Rama* nannte seinen Gegner *Basha* eine Marionette von Premierminister a.D. *Sali Berisha* und StP *Ilir Meta*, einen "guten Jungen", der aber nicht arbeite bzw. faul / schläfrig sei.

Heiße Schlussphase des Wahlkampfes

In den letzten Jahren war die politische Landschaft in Albanien bereits von einer starken Polarisierung der gegensätzlichen politischen Lager sowie einigen Skandalen geprägt. So zeigten im Januar 2019 von Voice of America (VoA) veröffentlichte Mitschnitte aus einer staatsanwaltschaftlichen Untersuchung eine enge Zusammenarbeit zwischen lokalen Kriminellen und dem sozialistischen Bürgermeister von Durrës, *Vangjush Dako*, bei Aktivitäten zum Stimmenkauf und zur Stimmeinschüchterung während der Parlamentswahl 2017. In einem nicht unumstrittenen Schritt beschloss daher die Opposition im Februar 2019, ihre Mandate zurückzugeben und verließ, von wenigen Ausnahmen abgesehen, das Parlament.

Im Juni 2019 veröffentlichte die Bild-Zeitung offizielle Tonbänder der Staatsanwaltschaft mit Gesprächen zwischen SP-Ministern und hohen Beamten mit Personen der organisierten Kriminalität, die vor der Parlamentswahl 2017 aufgezeichnet wurden. In Anbetracht dessen

beschloss die Opposition, nicht an den Kommunalwahlen teilzunehmen und forderte stattdessen Neuwahlen. Die SP trat bei den ersten Ein-Parteien-Wahlen in Albanien seit dem Ende des Kommunismus allein an. Auch die Kommunalwahlen 2019 waren wiederum von Unregelmäßigkeiten geprägt. Einige SP-Bürgermeister hatten Vorstrafen und konnten somit ihr Amt nicht antreten.

Dieser jahrelange Dualismus der politischen Gegner zeigte sich dann auch im Wahlkampf. Neben den bereits erwähnten, teils hart und persönlich geführten Auseinandersetzungen, erlebten die Albanerinnen und Albaner in den letzten Wochen vor der Wahl auch einige Skandale, Versuche des Stimmenkaufs sowie gewaltvolle Auseinandersetzungen, die leider auch ein Menschenleben forderte.

Das Nachrichtenportal lapsi.al berichtete knapp zwei Wochen vor der Wahl, dass die SP detaillierte Informationen über insgesamt 910.000 Wähler in Tirana im Alter von 19 bis 99 Jahren gesammelt habe. Es wurde behauptet, dass die persönlichen Daten der Bürger, zu denen Handy- und Personalausweisnummern, Nummern von Wahllokalen sowie die Parteipräferenz gehörte, aus dem Online-Portal *e-Albania* [Online-Bürgerdienste] genommen wurden. Darüber hinaus hatte die SP angeblich beauftragt, jede Person auf der Liste durch einen sog. „Patron“ überwachen zu lassen. Die DP hat dazu eine Strafklage bei der Sonderstaatsanwaltschaft SPAK eingereicht. Die SP behauptete, dass die SP-Datenbank mit Wählerinformationen auf jahrelangen Kontakten und der Kommunikation mit den Bewohnern von Tirana beruhe und dass die veröffentlichte Datenbank nicht der SP gehöre.

In der Woche vor der Wahl gab es in den Städten Kavaje und Elbasan gewaltsame Konflikte. Am 19.04. wurde ein Anhänger der DP im Wahlbüro durch einen Schuss ins Bein verletzt. Das Motiv für die Tat ist noch unklar. Der festgenommene Täter behauptete aus persönlichen Gründen

gehandelt zu haben. Allerdings tauchten bereits kurz nach der Tat Bilder von ihm mit Vertretern der lokalen DP im Internet auf. Am 21.04. wurde *Pjerin Xhuvani*, ein Anhänger der SP in Elbasan durch eine Schusswaffe getötet und vier Personen verletzt. Auch hier müssen die genauen Hintergründe von den Ermittlungen noch geklärt werden. Der mutmaßliche Schütze *Arbër Peplekaj*, ein ehemaliger Polizist mit der Berechtigung eine Waffe zu führen, war Teil eines „Wahlschutz“-Teams der DP. Er stellte sich nach kurzer Zeit der Polizei und gab an, in Notwehr geschossen zu haben, nachdem man zuvor *Xhuvani* beim Versuch des Stimmenkaufs erwischt habe und ihn bis zum Eintreffen der Polizei festhalten wollte. Die Vorkommnisse wurden von beiden Seiten instrumentalisiert. Die internationalen Vertreter in Tirana riefen zur Mäßigung und einer vollständigen Untersuchung der Ereignisse auf.

Ruhiger Wahltag unter Anwendung des neuen Wahlgesetzes

Die Parlamentswahl 2021 war die erste Wahl unter dem neuen Wahlgesetz.⁴ Trotz der politischen Polarisierung im Land war es den verschiedenen Akteuren am 5. Juni 2020 gelungen, eine Vereinbarung über eine Wahlreform zu vereinbaren. Dies wurde national und international allseits begrüßt, obgleich einige nachträgliche Verfassungsänderungen teilweise für viel Kritik sorgte.

Bei der Wahlrechtsreform waren die folgenden Punkte für die Wahl 2021 besonders relevant:

- **Sperrklausel** – Um sich für eine Sitzverteilung im Parlament zu qualifizieren, mussten die Parteien landesweit eine Ein-Prozent-Hürde überschreiten. Bei der vorherigen Wahl im Jahr 2017 gab es noch eine Drei-Prozent-Hürde.
- **Vorzugsstimmen** – Die Wähler wählten zwischen ihrer bevorzugten Partei oder Koalition und gaben zudem die Stimme für ihren bevorzugten Kandidaten aus der

ausgewählten Liste ab. Die Kandidaten erhalten dann die Mandate gemäß der Reihenfolge der Liste. Um die eigene Position in der Liste zu verbessern, muss ein Kandidat mehr Vorzugsstimmen erhalten als die durchschnittliche Anzahl der Stimmen, die die Partei pro Sitz in der Region erhalten hat. Der Wahlzettel enthielt jedoch, wie bereits erwähnt, nicht die Namen der Kandidaten, sondern lediglich eine Nummer. Die Wählerinnen und Wähler mussten sich also vorab die Nummer ihres bevorzugten Kandidaten oder Kandidatin merken.

- **Koalitionen** – Parteikoalitionen waren verpflichtet, vor den Wahlen eine gemeinsame Liste von Kandidaten einzureichen, was bedeutet, dass sie nicht – wie bei früheren Wahlen – mit getrennten Listen teilnehmen konnten.

Mit Spannung erwartet wurde zudem die ebenfalls im Wahlgesetz vorgesehene Einführung der biometrischen Registrierung und Überprüfung der Wähler, sowie die elektronische Abstimmung und Auszählung, um Wahlbetrug zu verhindern bzw. zu erschweren. Aus zeitlichen und technischen Gründen wurde die elektronische Wahl bei der diesjährigen Wahl vorerst nur in einem Projektwahlbezirk getestet.

Trotz einiger Befürchtungen im Vorfeld, verlief der Prozess der Stimmgabe größtenteils ruhig und ohne größere Zwischenfälle. Laut dem vorläufigen Bericht der Internationalen Wahlbeobachtermission der OSZE und des Europarats (IEOM)⁵ wurde die elektronische Identifizierung grundsätzlich regulär durchgeführt, allerdings öffneten einige Wahllokale erst mit Verzögerung, hauptsächlich aufgrund von Problemen bei der Inbetriebnahme der elektronischen Identifizierungsgeräte. Zudem mussten einige Wähler aufgrund von Fehlfunktionen der E-Identifikationsgeräte oder des Fehlens von technischem Personal mit Papierwählerlisten registriert werden. Trotz des insgesamt ruhigen Verlaufs gab es vereinzelte Zwischenfälle, die auch von den

internationalen Wahlbeobachtern notiert wurden. In mehreren Regionen beobachtete die IEOM Gruppen junger Männer, die sich vor den Wahllokalen versammelten und den Bereich zu kontrollieren schienen, um zu verfolgen, wer wählte. In der Region Shkodër sahen die Beobachter, wie eine Person eine andere in das Wahllokal zertrte, und den Wähler instruierte, wem er seine Stimme geben sollte. In der gleichen Region wurde die IEOM Zeuge eines Falles, in dem Geld an Wähler in der Nähe eines Wahllokals verteilt wurde.

Nach den bisher vorliegenden Informationen verlief auch die Auszählung der Stimmen weitgehend transparent und reibungslos. Die IEOM beobachtete allerdings, dass einige Auszählungsteams erst in der Wahlnacht ernannt und geschult wurden. Die Transparenz des Prozesses wurde zeitweise dadurch beeinträchtigt, dass die Beobachter zu weit von den Auszählungstischen entfernt waren und die Auszählungsteams die Stimmzettel nicht lange genug der Kamera aussetzten, um eine öffentliche Kontrolle zu gewährleisten. In einem Wahllokal in Tirana kam es zu einer Schlägerei zwischen Beobachtern der Auszählung. Die Polizei schritt sofort ein und nahm 8 Personen in Gewahrsam. Die Stimmauszählung wurde einige Stunden später wiederaufgenommen.

Vorwürfe des Stimmenkaufs und der Wählerbeeinflussung

Trotz des ruhigen Wahltags wurden im Nachgang sowohl von Seiten der internationalen Beobachter als auch den unterlegenen Parteien Vorwürfe der Wahlmanipulation laut. Von den insgesamt 50 Klagen, die bei der SPAK eingereicht wurden, wurden 32 Fälle, die mit dem Kauf von Stimmen zu tun haben, von der Behörde zur Untersuchung eröffnet. Des Weiteren wurden 130 Klagen, hauptsächlich von der DP, bei den lokalen Staatsanwaltschaften eingereicht, von denen bisher 91 Ermittlungen eingeleitet wurden. Laut Berichten und Vorwürfen von Kandidaten, gab es während der Stimmauszählung mehrere Fälle, in denen Wahlhelfer absichtlich Stimmzettel ungültig gemacht haben.

Neben diesen Vorwürfen, welche die Wahl selbst betreffen, gab es vor allem Unregelmäßigkeiten hinsichtlich möglicher Wählerbeeinflussung sowie den Missbrauch von öffentlichen Geldern im Vorfeld der Wahl. In Bezug auf den Datenskandal (s. oben) äußerte sich die IEOM besorgt darüber, dass das Durchsickern sensibler persönlicher Daten, einschließlich der politischen Präferenzen der Bürger, die Wähler angreifbar mache. Ein weiteres Problem war die Einschränkung des Wahlrechts für bestimmte Gruppen. So hatte die (beträchtliche) albanische Diaspora bei dieser Wahl wiederum nicht die Möglichkeit, per Brief- oder Botschaftswahl teilzunehmen.

Laut IEOM-Bericht haben zudem mehrere Angehörige der Regierung entgegen der Regelungen des Wahlgesetzes, die den Missbrauch staatlicher Mittel unterbinden soll, weiterhin in ihrer offiziellen Funktion Wahlkampf betrieben. Dies, zusammen mit dem Beginn mehrerer großer, staatlicher Infrastrukturprojekte im Vorfeld der Wahl und der Erhöhung der öffentlichen Beschäftigung entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, verschaffte der Regierungspartei SP einen „signifikanten Vorteil“.

In einem Statement sagte *Aleksander Pocij*, Leiter der Delegation der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE), zu den erhobenen Vorwürfen:

Trotz der allgemeinen Verbesserungen der Rahmenbedingungen bleiben Vorwürfe über weit verbreitete Praktiken des Stimmenkaufs während des gesamten Wahlprozesses ein ernstes Problem in Albanien, was sich negativ auf die allgemeine öffentliche Wahrnehmung und das Vertrauen in den Wahlprozess auswirkt. Das Gleiche gilt für die Anreize und den Druck, der auf Beamte ausgeübt wird.⁶

Fazit

Die albanischen Parlamentswahlen vom 25. April 2021 waren insofern historisch, als dass es *Edi Rama* als erstem Premierminister seit dem Ende

der kommunistischen Herrschaft vor 30 Jahren gelungen ist, ein drittes Mandat zu erlangen. Damit hat das albanische Volk auch *Ramas* politischen Kurs bestätigt, der in den letzten Jahren durchaus nicht unumstritten war und mit einigen Skandalen seiner Administration verbunden ist.

Auf der anderen Seite kehrt die Opposition unter der Führung der DP nach der Rückgabe der Mandate und dem Boykott der Kommunalwahlen 2019 in die politische Arena des Parlaments zurück. Dies ist eindeutig zu begrüßen, haben doch die vergangenen zwei Jahre gezeigt, dass außerhalb des Parlaments keine wirkungsvolle Oppositionsarbeit möglich ist. Auch wenn es für die DP (zusammen mit der LSI) nicht zum Machtwechsel gereicht hat, so hat die DP nicht nur gegenüber den letzten Wahlen deutlich dazugewonnen, sondern konnte auch die meisten Mandate seit 2009 erlangen. Damit hat sie ein klares Mandat für eine starke Oppositionsrolle im Parlament. Auch wenn die Enttäuschung innerhalb der DP derzeit groß ist und vereinzelte Rücktrittsforderungen gegenüber *Basha* laut werden, so gibt es derzeit keine Alternative zu ihm als Parteivorsitzenden.

Klarer Verlierer der Wahl ist die LSI, die über zwei Drittel ihrer Mandate eingebüßt hat. Offensichtlich hat der Wähler die teils sehr aggressive Einmischung von Staatspräsident *Meta* (Ehemann der LSI-Vorsitzenden *Kryemadhi*) in den Wahlkampf nicht goutiert. Als Resultat hat er bereits seinen Rückzug vom Präsidentenamt zum Ende der Amtszeit im Sommer 2022 verkündet.

In Bezug auf die Durchführung der Wahl ist zu begrüßen, dass diese trotz einiger gewalttätigen Auseinandersetzungen im Vorfeld insgesamt ruhig verlaufen ist. Die Wahlen wurden von der ZWK im Allgemeinen gut organisiert. Die nach der Reform neu gebildete Wahlkommission übernahm umfangreiche neue Verpflichtungen. Trotz einiger Verzögerungen, unter anderem bei der Verabschiedung wichtiger Vorschriften, dem Start einer Wähleraufklärungskampagne und der

Schulung des Wahlpersonals, gelang es der Wahlkommission, die meisten ihrer Verpflichtungen zu erfüllen. Sie arbeitete transparent und hielt öffentliche Sitzungen ab, die per Livestream übertragen wurden und an denen sich alle Beteiligten beteiligen konnten. Insgesamt genoss die Wahlverwaltung auf allen Ebenen das Vertrauen der beteiligten Akteure.

Die Einführung der biometrischen Registrierung bzw. Identifizierung der Wählerinnen und Wähler war trotz anfänglicher technischer Schwierigkeiten ein Erfolg. Ebenso hat die elektronische Wahl im Testwahlbezirk in Tirana reibungslos funktioniert. Dies sollte nun so schnell wie möglich, bei der nächsten Wahl in ganz Albanien umgesetzt werden. Denn damit werden nicht nur schnellere Ergebnisse innerhalb weniger Stunden garantiert, es limitiert auch die Möglichkeiten der Wahlfälschung im Rahmen der Auszählung.

Dringend aufgeklärt und gegebenenfalls strafrechtlich verfolgt werden müssen die zahlreichen Vorwürfe des Stimmenkaufs, der Wählerbeeinflussung sowie der Wahlmanipulation. Die dazu im Rahmen der Justizreform etablierten Behörden wie z.B. die SPAK haben nicht nur die entsprechenden Befugnisse und qualifiziertes Personal, sondern können sich auch auf das Vertrauen der beteiligten Akteure und der internationalen Beobachter berufen.

Alle politischen Kräfte müssen jetzt das effektive und demokratische Funktionieren der Institutionen des Landes sicherstellen. Dies schließt die Verantwortung ein, das demokratische Prinzip der Respektierung des Wahlergebnisses zu befolgen. Insbesondere der Wahlsieger *Rama* muss jetzt jedoch zeigen, dass er es mit seiner Ansage, ein Premierminister für alle Albaner zu sein, ernst meint.

- ¹ Siehe Finale Ergebnisse der Zentralen Wahlkommission Albanien, <http://results.kqz.gov.al/results/results2021.htm>
- ² N.B.: Im Wählerverzeichnis sind alle Albanerinnen und Albaner über 18 registriert. Ein großer Teil dieser 3.6 Millionen Menschen (ca. 1.4 Millionen) lebt jedoch im Ausland. Da es, wie erwähnt, keine Möglichkeit der Diasporawahl gab und die Möglichkeit zur Stimmabgabe ins Land zu reisen durch die Covid-19-Pandemie sehr eingeschränkt war, lag die Wahlbeteiligung der tatsächlich in Albanien lebenden Menschen deutlich höher, bei ca. 70-75%.
- ³ Wobei man 2017 noch die Kleinpartei „Partei für Gerechtigkeit, Integration und Einheit“ (PDIU) hinzurechnen muss. Diese trat damals bereits im Wahlbündnis mit der DP an; aufgrund des vorherigen Wahlgesetzes allerdings mit eigener Liste. Damals gewann die PDIU 3 Sitze. Bei der Wahl 2021 war die PDIU Teil der Wahlliste der DP-AW.
- ⁴ Die Reform des Wahlgesetzes gemäß den Empfehlungen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bzw. dessen Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) war auch eine der sechs Vorbedingungen des Deutschen Bundestages und des Rates der Europäischen Union für die Eröffnung von EU-Beitrittsgesprächen mit Albanien.
- ⁵ Siehe International Election Observation Mission Republic of Albania – Parliamentary Elections, 25 April 2021, Statement of Preliminary Findings and Conclusions, <https://www.osce.org/files/f/documents/2/7/484688.pdf>
- ⁶ Siehe Presseerklärung der Wahlbeobachtermission der OSZE-PA, Tirana, 25. April, <https://www.oscepa.org/documents/election-observation/election-observation-statements/albania/press-releases/4190-2021-parliamentary-2/file>

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Tobias Rüttershoff
Leiter des Auslandsbüros Albanien

Tobias.Ruettershoff@kas.de

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)